

## AKTUELL

TRIPARTITE-GESETZ

# Endspurt

Richard Graf

**Während sich die Kritiken am Gesetz zum Tripartite-Abkommen von Ende März häufen, läuft die Zeit davon.**

„Dass das Ergebnis der jüngsten Tripartite vielleicht nicht der ganz große Wurf für den Sozialstaat Luxemburg ist, weiß auch die CGFP“, liest man in der „Fonction publique“ vom vergangenen Freitag. Das vom Generalsekretär der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes signierte Editorial klingt streckenweise wie eine Entschuldigung an die eigene Mitgliedschaft, fungiert die CGFP doch als Mitunterschreiberin im Titel des Gesetzesprojektes mit der runden Nummer 8000. In den Genuss besonders leicht zu memorisierender Nummern kommen in der Regel besonders wichtige Gesetze, wie etwa das jährlich vorgelegte Budget.

Als die Regierung, kurz nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, die Mitglieder der Tripartite zur Klausur einberief, war der Wunsch nach Solidarität und Zusammenstehen vor dem kriegesischen Grauen und den wirtschaftlichen Folgen so stark, dass auf schnelles Handeln gedrängt wurde.

Doch einer spielte den Spielverderber und verweigerte die Unterschrift, nicht zuletzt, weil er das von allen hochgehaltene Prinzip der automatischen Indexanpassung verletzt sah und den dafür vorgesehenen Ausgleich als unzureichend erachtete. Mittlerweile sieht der OGBL sich nicht mehr allein auf weiter Flur, sogar die Piraten stellen sich inzwischen per „sponsored content“ auf seine Seite.

Die anfangs nicht ganz glückliche Kommunikation des OGBL bezüglich seiner Weigerung fand inzwischen eine Ergänzung in Form eines umfangreichen Gutachtens der Salariatskammer. Das Gutachten enthält auch das Minderheitsvotum des LCGB, der sich weiterhin für das Abkommen ausspricht, auch wenn er auf mögliche Nachbesserungen, die schwer vorhersehbaren politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen geschuldet sind, hinweist.

Vier Wochen nachdem der Gesetzesvorschlag 8000 eingereicht worden war, erging am vergangenen Freitag auch das vielfach herbeigesehnte Gutachten des Staatsrates. In immerhin sportlichem Tempo, jedoch war die Politik während der Corona-Krise auch schon mal schnellere Arbeitszyklen gewohnt, was allerdings der Qualität der Arbeit nicht immer zugutekam. Auch diesmal beschwert sich der Staatsrat, dass ihm nicht genug Zeit zur Verfü-

gung stand, um etwa für alle von ihm in Frage gestellten Teilpunkte Gegenvorschläge unterbereiten zu können.

Dass man sich am Ende die nötige Zeit nicht nehmen konnte, liegt am Gesetz selbst: Es muss in Kraft treten, bevor eine nächste Indextranche erfüllt. Und das soll, statt im August, schon im nächsten Monat passieren.

## Zahmer Staatsrat

Dafür müssen aber zunächst die „oppositions formelles“ des Staatsrates ausgeräumt werden. Die beschränken sich auf den Teil des Paketes, das sich mit den Mitzuschüssen befasst. Zum Glück könnte man meinen, denn dieser Teil des Paketes soll sowieso, so der Wunsch des Staatsrates, in ein eigenes Gesetz ausgelagert werden. Ein Vorschlag, dem die parlamentarische Mehrheit in einer Sonderkommissionssitzung am Dienstag denn auch gleich zugestimmt hat.

Aber auch in den restlichen Dispositionen des Abkommens und auch hinsichtlich der umstrittenen Frage, ob das Aussetzen mehrerer Indextranchen bis ins Jahr 2024 - deren Zahl riskiert höher auszufallen als anfangs angedacht - drückt der Staatsrat seine Bedenken aus. Aber eben ohne opposition formelle, was heißt, dass er sich einem Inkrafttreten dieser Regelungen, selbst wenn nicht alle Bedenken ausgeräumt sind, nicht widersetzen wird. Ansonsten wäre ein dann obligatorisches zweites Votum durch die Chamber frühestens nach drei Monaten nötig - zu spät, um die nächste Indextranche stoppen zu können.

Die Opposition, die sich zwar teilweise mit dem Abkommen einverstanden erklärt hatte, entdeckt derweil weitere Unstimmigkeiten - etwa im Bereich der Steuerkredite, bei denen sie Alleinverdiener\*innen gegenüber Paaren, die über zwei Einkommen verfügen, benachteiligt sehen.

Jetzt sollen die Sozialkammern noch einmal in der Sonderkommission gehört werden, was angesichts des gesteckten Zeitrahmens knapp werden dürfte, sofern es sich nicht um reine Höflichkeitsbesuche handeln soll.

Da Ende Juni auch noch die aktuelle Corona-Gesetzgebung ausläuft, stellt sich ein gewisses Déjà-vu-Gefühl ein: An Abstimmungen von 31:29, spät abends und dem gegenseitigen Vorwurf ein so schön rundes Gesetz vermasselt beziehungsweise nicht einstimmig verabschiedet zu haben.

## SHORT NEWS

## « Bye Bye ECT-Rex »

(tj) - Action Solidarité Tiers Monde (ASTM) organise le mardi 31 mai de 11h à 14h sur la place d'Armes à Luxembourg une action de sensibilisation à propos du traité sur la charte de l'énergie (Energy Charter Treaty - ECT). Pour l'organisation non gouvernementale de développement (ONGD) comme pour 400 autres organisations de la société civile européenne, le texte en est dépassé, voire dangereux. Le retrait de l'UE de ce traité est soutenu déjà par plus d'un million de citoyen-nés dans une pétition européenne en ligne. Un dinosaure haut de neuf mètres, fabriqué à partir d'objets issus de combustibles fossiles, illustrera tout ce qui est contestable dans ce traité - ratifié en 1994 dans un contexte très différent de l'actuel. L'ECT accorde une protection à des investissements dans des énergies fossiles incompatible avec les ambitions fixées dans le cadre du « Green Deal » européen, qui vise à éliminer celles-ci. En avril, le rapport du Giec avait également souligné que le traité est contraire aux engagements pris dans le cadre de l'accord de Paris. L'ONGD luxembourgeoise reconnaît que « le gouvernement luxembourgeois s'est efforcé de réformer le TCE de la meilleure manière possible ». Après treize cycles de négociations, il faudrait cependant conclure qu'il « ne sera pas réformé de manière adéquate ». Un retrait rapide de l'ECT serait donc nécessaire pour réduire « considérablement le risque d'arbitrages d'investissement coûteux, en particulier en ce qui concerne (...) une transition énergétique rapide et équitable ». Le ministre de l'Énergie Claude Turmes (Déi Gréng) a d'ailleurs confirmé sa présence lors de l'action.

## Cellule scientifique zu Methan

(ja) - Am 20. Mai veröffentlichte der wissenschaftliche Dienst des Parlaments eine Notiz zu Methan. Darin werden die Rolle des zweitwichtigsten Treibhausgases sowie mögliche Maßnahmen zur Eindämmung beschrieben. Die beiden größten Quellen für Methan-Emissionen in Luxemburg sind die Landwirtschaft (80 Prozent) und die Abfallwirtschaft (11 Prozent). Durch die Produktion von Biogas könnten die Methan-Emissionen der Landwirtschaft reduziert werden, allerdings werden lediglich 10 Prozent der Gülle zur Energieproduktion genutzt. Auf der Müllhalde Muertendall wird anfallendes Methan für Strom- und Wärmeproduktion genutzt, auf Fridhaff lediglich abgefackelt. Die Cellule scientifique erinnert in ihrem Text daran, dass im Koalitionsprogramm eigentlich ein Aktionsplan zur Methanreduktion vorgesehen war, ein solcher wurde bisher jedoch noch nicht veröffentlicht. Weitere Maßnahmen, um weniger Methan zu emittieren, wären laut dem Bericht, weniger tierische Produkte zu essen und Viehherden zu reduzieren. Berichte des wissenschaftlichen Dienstes können von Abgeordneten angefragt werden, für das Methan interessierte sich Paul Galles (CSV).

## Kranke Erde gleich kranke Kinder

(is) - „The Kids Aren't Alright“, singt die Punk Rock-Band The Offspring, und Innocenti, das Forschungszentrum der Unicef, gibt ihr Recht: Es veröffentlichte am Montag einen Bericht über Umwelt und Kindeswohl, nachdem Heranwachsende weltweit unter der Klimakrise leiden. Über 20 Millionen Kinder wiesen bei Blutuntersuchungen erhöhte Bleiwerte auf; unter anderem in Belgien lebt mehr als eins von zwölf Kindern in einer Region, die stark von Luftverschmutzung durch den Einsatz von Pestiziden betroffen ist. Für den Bericht analysierte Innocenti die Lage in 39 Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der EU. Im Mittelpunkt stehen die lokale Situation und ihre globalen Auswirkungen. Während reiche Länder wie Finnland oder die Niederlande Kindern national passable Umweltbedingungen bieten, tragen sie global betrachtet disproportional zur Umweltzerstörung bei. Luxemburg schneidet in dem Sinne am schlechtesten ab: Durchschnittsbürger\*innen produzieren hier über 36 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr - „soit plus que les empreintes cumulées d'un habitant de chacun des sept pays ayant le plus faible taux de consommation“. Wäre der luxemburgische Verbrauch Standard, bräuchte es acht Planeten, um die Bedürfnisse zu decken. Innocenti ruft in seinem Bericht, neben anderen Forderungen, auch zur stärkeren Einbindung des Kindeswohls in die Umweltpolitik sowie zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern, die in prekären Verhältnissen groß werden, auf.